

TAGUNGEN

Probleme der Mittelschichten

In Köln fand ein Kongreß der Sozialdemokratischen Partei statt, der dem Problem der Mittelschichten in der modernen Gesellschaft gewidmet war. Prof. *Weisser* ging in seinem Referat davon aus, daß die geschichtliche Erfahrung gezeigt habe, welche zähe Beharrungsvermögen der Kleinbetrieb auch in der modernen Wirtschaft an den Tag legen könne. Wohl seien manche Zweige untergegangen; andere, neue Bereiche seien hinzugekommen, in denen der Kleinbetrieb (beispielsweise in der Erfüllung von Zubringer- und Hilfsfunktionen) neue Aufgaben übernommen habe. Allerdings ging der Redner nicht näher auf die Frage ein, inwieweit vielfach kleinere Unternehmen gerade in diesem Zusammenhang dominierenden Großunternehmen zu- und untergeordnet worden sind. Man wird *Weisser* voll zustimmen können, wenn er betonte, daß die selbständige Initiative, deren Pioniercharakter unbedingt zu erhalten sei, in einem Zwangsstaat keine Chancen habe. Im Konzept der SPD, die ihre Gegnerschaft gegenüber dem Gedanken der reinen Verwaltungswirtschaft unmißverständlich zum Ausdruck gebracht habe, sei Raum für eine Vielfalt der wirtschaftlichen Gebilde. Entscheidend sei aber vor allem der Selbsthilfegedanke.

Dr. *Schöne* (MdB) plädierte aus der Sicht der SPD-Bundestagsfraktion für die Bejahung der Persönlichkeitswerte im Rahmen freier Konsumwahl und Eigentumsbildung. Andererseits

aber dürfe das Eigentum nicht zur Basis für beherrschende Machtstellungen werden: Die Gerechtigkeit im Marktgeschehen sei das Ziel. Hier werde vielfach der Gedanke der Sozialisierung mißverstanden. Damit, daß gerade diejenigen — großindustriellen — Wirtschaftsbereiche sozialisiert würden, in denen sonst übermächtige private Machtballungen gegeben wären, werde erst die Voraussetzung dafür geschaffen, daß in der übrigen Wirtschaft und somit gerade auch für die Kleinunternehmen die Freiheit gewahrt bleiben kann. Für die Kleinunternehmung haben darüber hinaus die Maßnahmen gegen Kartelle und marktbeherrschende Unternehmen generell ihre Bedeutung, vor allem im Hinblick auf Knebelungsverträge und marktbindende Maßnahmen. Auch Dr. *Schöne* appellierte an die genossenschaftsbildenden Selbsthilfekräfte in der mittelländischen Wirtschaft, die allerdings niemals selber übermächtigen Machtballungen Raum geben dürften.

Dr. *Greve* (MdB) ging auf die Sonderstellung der freien Berufe ein, deren Alterssicherung trotz intensiverer Arbeit ebenso gefährdet wie ihr einstiger Lebensstandard unerreichbar sei. Der Redner betonte, daß mit den einseitigen Anbiederungsversuchen an nur einen der beiden großen Sozialpartner, die auf vergangenen Klassenreminiszenzen ruhe, nur die Gefahr gegeben sei, daß die freien Berufe zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben werden. Sie müßten zum Mitgestalten gelangen, andererseits aber dem „Dschungel des Berechtigungssystems“ mit seinen Lianenschlingea der persönlichen Beziehungen Valet sagen. Das Streben nach „Berufsordnungen“ entspringe rein restriktivem Denken. Mit Drosselungstendenzen, die auf Kosten des

Nachwuchses und frischer Kräfte gehen, sei nichts gewonnen — ebensowenig allerdings auch damit, daß man nun die Mittelschichten „auf der Suche nach Beschäftigung für Minister ohne besondere Aufgaben“ entdecken wolle. Greve betonte, wenn die freien Berufe und ein großer Teil der übrigen Mittelschichten am Wirtschaftswunder nicht genügend Anteil gehabt hätten, so seien sie einfach Opfer ihrer eigenen politischen Entscheidungen. Jedes gesellschaftliche Engagement fordere seinen Preis.

Die Bundestagsabgeordnete *Gertrud Lockmann* umriß die Forderungen der SPD an eine echte Steuerreform: Ersetzung der kumulativ wirkenden Umsatzsteuer, die eine vertikale Konzentrierung begünstigt, durch die Einphasensteuer, Umgestaltung der Gewerbesteuer zur echten Objektsteuer, Berücksichtigung der mitarbeitenden Ehefrau durch Freibetrag in

der Einkommensteuer, Absetzbarkeit ihres Gehaltes in der Gewerbesteuer usw. Vor allem kritisierte sie die Oberkompliziertheit des Steuersystems.

In einem abschließenden Referat konkretisierte *Erwin Lange* (MdB) die Aufgaben: Kredit-, Bürgschafts- und Steuerpolitik sollen eine wettbewerbsneutrale Förderung der selbständigen Arbeit bewirken. Maßnahmen, „im Hinblick auf Berufswahl und -Zulassung“ (unter Gewährleistung der Grundrechte!) sowie im Hinblick auf die Förderung des Selbsthilfegedankens, ferner der Schaffung eines Gewerbe-Förderungsinstituts, das die Forschungsarbeit übernimmt, wie sie Großunternehmen selbst durchführen — das waren die Forderungen Langes, der in der „auf Arbeitseigentum gegründeten selbständigen Arbeit die natürlichen Bundesgenossen der Unselbständigen“ sieht.

Dr. Karl Kühne